



Krankenkassenprämien | Wegen wachsender Ausgaben für Verlustscheine fehlt es an Mitteln für Prämienverbilligungen

«... dann hätten wir mehr Geld für Prämienvergünstigungen»

WALLIS | Der Kanton Wallis begleicht Verlustscheine durch unbezahlte Krankenkassenprämien aus dem Topf für Prämienverbilligungen. Seit 2012 haben sich diese Ausgaben verdoppelt. Das geht auf Kosten von Geringverdienern und soll sich bald ändern.

MARTIN SCHMIDT

Immer öfters können Personen in der Schweiz ihre Krankenkassenprämien nicht mehr begleichen. Sodalıs verzeichnete im vergangenen Jahr Rechnungsausfälle im Umfang von 550 000 Franken, weiss Geschäftsführer Robert Kalbermatten. Von 37 000 Versicherten wurden für 872 Verlustscheine ausgestellt. «Das ist gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 15 Prozent», so Kalbermatten weiter. Und er rechnet auch für das laufende Jahr mit einem weiteren Anstieg von fünf bis zehn Prozent.

15 Prozent dieser Verlustscheine muss die Versicherung abschreiben, die übrigen 85 Prozent deckt der Kanton. Im Wallis geschieht dies über den Prämienverbilligungstopf. Gemäss SRF-Recherchen wird dies schweizweit von sieben weiteren Kantonen auf diese Weise gehandhabt. In Zürich, Bern, Solothurn und St. Gallen werden dafür keine zusätzlichen Mittel in den Topf gespiesen. Die Kantone Appenzell Ausserrrhoden, Jura, Schaffhausen und das Wallis hingegen berücksichtigen

die wachsenden Kosten für die Verlustscheine bei der Festlegung der Budgets mit. Trotzdem bleiben weniger Mittel für andere. «Hätten wir weniger Verlustscheine, hätten wir mehr Geld für die Prämienvergünstigungen zur Verfügung», sagt die Chefin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur, Esther Waeber-Kalbermatten.

Auch Ergänzungs- und Sozialleistungen steigen

Das Volumen der Verlustscheine stieg im Wallis von 9,8 Millionen (2012) auf 19,6 Millionen (2018). Im gleichen Zeitraum stiegen auch die Ausgaben für Sozialhilfebezüger und Bezüger von Ergänzungsleistungen – die jeweils zu 100 Prozent gedeckt sind – von 46,7 auf 73,8 Millionen Franken an. Was übrig bleibt, kommt Personen und Familien mit geringen und mittleren Einkommen zugute. Da die übrigen Posten derart rasant anwachsen, stagniert dieser Rest jedoch seit Jahren. So ist der Topf für Prämienverbilligungen seit 2015 um über 30 Millionen angestiegen, allein um 12,5 Millionen im letzten Jahr. Trotzdem fliesst mit 90,6 Millionen Franken noch praktisch gleich viel wie vor fünf Jahren an alle anderen Subventionsempfänger. Dies bei gleichzeitig stark gestiegenen Krankenkassenprämien.

Klarere Regelung

Die Grenze, wann eine Familie oder Einzelperson eine Prämienvergünstigung erhält, orientiert sich deshalb Jahr für Jahr an der erwarteten Entwicklung der einzelnen Budgetposten. Das soll sich nun ändern. «Wir wollen einen Gesetzespassus festlegen, in dem eine klare Grenze definiert wird, wann jemand Subventionen erhält und wann nicht», so die Staatsrätin. Dies soll im Rahmen der kantonalen Steuerreform geschehen.

Hält die derzeitige Kostenexplosion im Gesundheitswesen an, müsste mit einem weiteren Wachstum der Verlustscheine sowie Ergänzungs- und Sozialleistungen gerechnet werden, womit das Budget jedes Jahr nach oben angepasst werden müsste, ist sich Waeber-Kalbermatten bewusst. So geschieht es derzeit beim Bund. Dessen Beiträge an die Kantone korrelieren mit dem Kostenanstieg bei der obligatorischen Grundversicherung. Die Kantone entscheiden anschliessend selbst, wie viel sie zusätzlich beisteuern. Im Wallis sind dies gegenwärtig 40 Prozent von 192,6 Millionen (Budget 2019). 2013 betrug der Kantonsanteil noch 56 Prozent. Damals wurde die Subventionierung der Krankenkassen im Rahmen der Sparprogramme PAS1 und PAS2 im Sinn der doppelten Schuldenbremse zusammengestrichen. Die verfügbaren Mittel beliefen sich inklusive Bundesgelder noch auf 160 Millionen



Franken. Damit sank der Bevölkerungsanteil der Begünstigten von 26 auf 20 Prozent.

Mittlerweile geht es wieder deutlich in die andere Richtung. So will der Kanton das Budget auf das kommende Jahr hin um 18,8 Millionen auf 211,4 Millionen Franken anheben. «Damit würden wir nochmals ein starkes Zeichen setzen», ist die Staatsrätin überzeugt.

Neben der Aufstockung will der Kanton auch herausfinden, welche Personen ihre Krankenkassen nicht mehr bezahlen können und so die Verlustscheine verursachen. Im Idealfall sollen im Anschluss Massnahmen ergriffen werden, mit denen den Betroffenen geholfen werden kann.

«Gleichzeitig müsste man aber auch Lösungen im Kampf gegen die steigenden Gesundheitskosten finden», hält die Staatsrätin fest. Ansonsten wird der Prämienverbilligungstopf zu einem ohne Boden.



«Zeichen setzen». Staatsrätin Esther Waeber-Kalbermatten kündigt eine Aufstockung des Prämienverbilligungstopfs an.

FOTO WB/ANDREA SOLTERMANN